

Die Freiheit schlägt in Überwachung um

Wie die digitalen Medien das Vertrauen in den Staat schwächen – und diesen zugleich stärken. Von Fred Turner

Unter den Bürgern Kaliforniens gibt es eine lange Tradition, den Staat herauszufordern. In den sechziger Jahren kämpften viele Tausende von ihnen für die Bürgerrechte und protestierten gegen den Vietnamkrieg. In den siebziger Jahren gingen sie für Schwulenrechte auf die Strasse. Und spätestens seit Anfang der achtziger Jahre haben sie die dort erfundenen und gebauten Computersysteme als Technologien für die Ausweitung der individuellen Freiheit begriffen und beschrieben – einer Freiheit ausserhalb des Zuständigkeitsbereichs der Obrigkeit.

Im Gegenzug haben führende Unternehmer des Silicon Valley – von Steve Jobs bis Mark Zuckerberg – in einem fort verkündet, dass digitale Medien zu einer egalitären Gesellschaft beitragen, die sich stärker an Zusammenarbeit orientiere und ganz ohne staatliche Tyrannei auskomme. Mittlerweile sollten sie vielleicht nicht mehr so zuversichtlich sein. Denn in den letzten Jahren hat man weltweit begonnen, eine erschreckende Ironie wahrzunehmen: Gerade die Aspekte der digitalen Medien, von denen man glaubte, dass sie unsere Gesellschaften demokratischer machten, sind dabei, die demokratischen Institutionen und Normen zu unterminieren.

Kein Vertrauen in Fakten

Die angebliche Befreiung der Stimmen all der vergessenen Einzelnen durch die sozialen Netzwerke hat die Sphäre der Öffentlichkeit nicht wirklich erweitert, sondern eher zu einer grossen Kakophonie geführt. Die Leichtigkeit, mit der digitale Bilder und Texte verändert werden können, untergräbt allmählich unser Vertrauen in die Fakten. In den USA kann man geradezu spüren, wie die gesellschaftlichen und kulturellen Fundamente der demokratischen Debatte und mit ihnen der demokratische Staat zu zerbrechen beginnen.

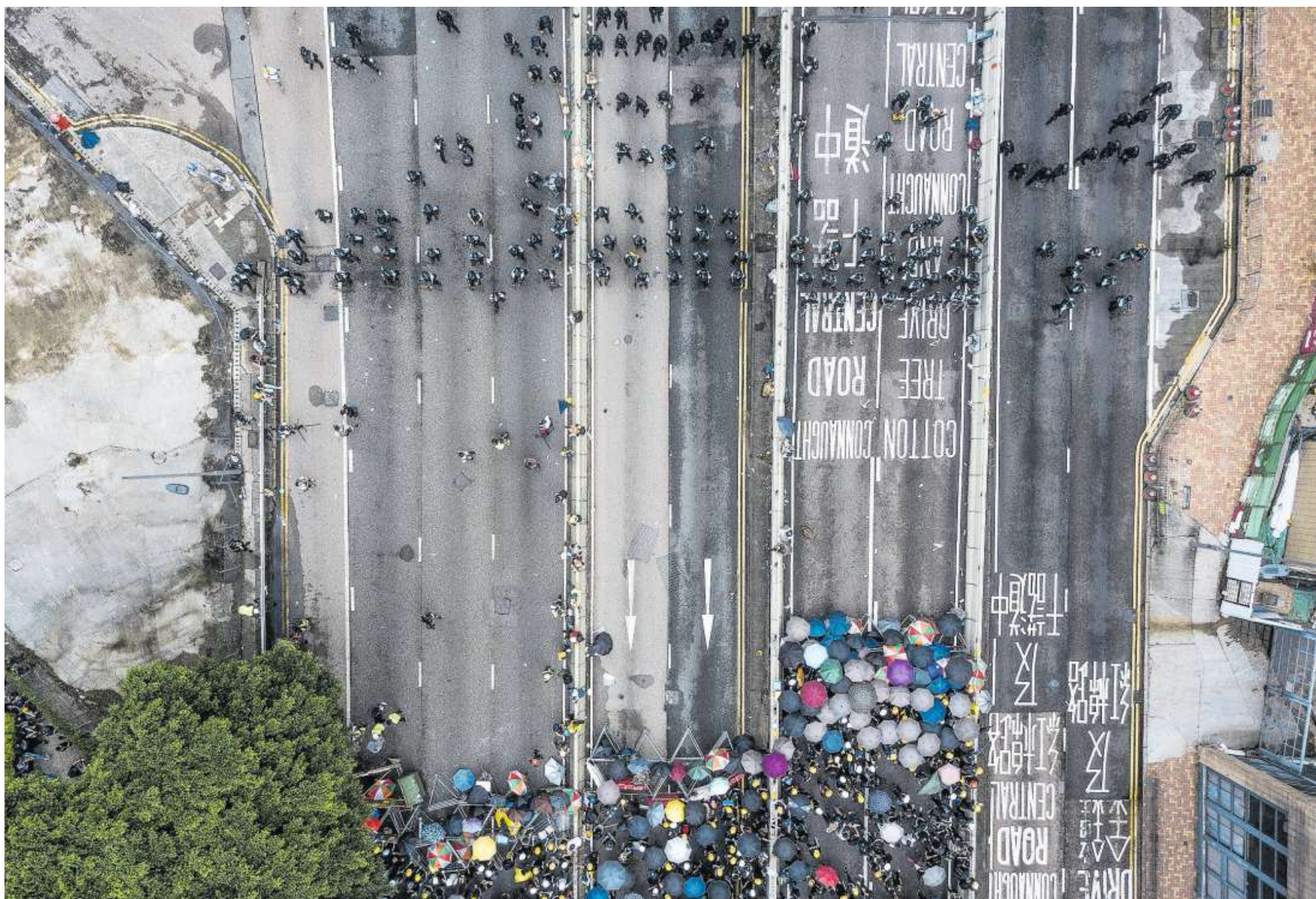
Gleichzeitig zeigen sich global die Fundamente einer neuen Form von autoritärer Herrschaft. Staaten entwickeln und benutzen nicht nur ihre eigenen Technologien zu Zwecken der Überwachung und der Propaganda, son-

Dieselben Technologien, die das Potenzial haben, die freie Meinungsäusserung zu befördern, können sie auch unterhöheln.

dern verhelfen auch der Arbeit einheimischer und international tätiger Technologieunternehmen zum Durchbruch.

Um ein paar Beispiele zu nennen: Die Regierung Saudi Arabiens verfolgt ihre Gegner mit Überwachungstechnik, die in Israel entwickelt und hergestellt wird. Um jeden ihrer Bürger individuell umfassend zu überwachen, nutzt die Volksrepublik China Wechat, ein System, das in allen Lebenszusammenhängen – von der Bezahlung über Verabredungen bis hin zum Lesen von Nachrichten – verwendet wird. Und in den USA arbeiten Firmen wie Palantir Hand in Hand mit staatlichen Kräften – von lokalen Polizeieinrichtungen bis zur National Security Administration (NSA).

Kaum jemand hat in der jüngeren Vergangenheit damit gerechnet, dass die Dinge sich so entwickeln würden. Als Ende der vierziger Jahre die ersten digitalen Computer zur Verfügung standen, stellten sich Wissenschaftler vor, wie es für die Bürger aufgrund ihrer Vernetzung durch diese Maschinen einfacher werden würde, ihre politischen Vertreter anzusprechen, während es für die Politiker leichter würde, ihnen zuzuhören. Doch heute wird der demokratische Staat gerade aufgrund vernetzter Informationssysteme mit spezifischen technologischen, wirtschaftlichen und



In China hat sich längst ein digitaler Überwachungsstaat etabliert. Drohnenaufnahme eines Protests in Hongkong von Anfang Juli 2019.

GEOVIVEN SO / IMAGO

geografischen Problemen konfrontiert. Das technologische Problem ergibt sich aus der Tatsache, dass digitale Medien letztlich nichts anderes sind als gespeicherte elektronische Signale. Anders als Papier oder Film lassen sich elektronisch gespeicherte Daten endlos kopieren, ohne dass das Original beeinträchtigt wird; man kann sie in kürzester Zeit auseinandernehmen, neu zusammensetzen und mit Lichtgeschwindigkeit um die Welt schicken.

Das heisst: Fast jeder kann seine Gedanken an jedem beliebigen Ort öffentlich machen – auch anonym, wenn er will. Jeder kann nach Belieben Propaganda und Desinformation verbreiten, und jeder User mag seinerseits seine Lektüren sofort wieder in Umlauf bringen. In irgendeiner abgelegenen Ecke des Internets können Lügen erzählt werden, die überzeugend klingen und binnen Minuten ins Zentrum der Mainstream-Medienwelt rücken – und umgekehrt. Den Staaten aber verbleiben kaum Möglichkeiten, solche Bewegungen aufzuhalten.

Für die Unternehmen der sozialen Netzwerke besteht derweil kaum ein Anreiz, diesen Prozess zu verhindern. Im Gegenteil: Ihre Geschäftsmodelle belohnen ja gerade polarisierende politische Äusserungen. Denn Firmen wie Facebook verdienen ihr Geld damit, dass sie Werbung und Daten verkaufen. Je mehr jemand ihre Plattformen nutzt, desto mehr Daten werden erzeugt. Dies bietet eine wirtschaftliche Motivation, die verschiedensten Arten emotional ansprechender Bilder und Aussagen zu befördern und in Umlauf zu bringen, solange sie Nutzer dazu animieren, wieder auf die Plattform zu kommen.

Hochgradig aufgeladene und sehr persönliche Unterhaltungen sind freilich das genaue Gegenteil jener rationalen öffentlichen Auseinandersetzungen, die man lange als notwendige Grundlage der Demokratien angesehen hat. Wenn man Lügen und manipulierte Videos in sie einschleust, die echt aussehen, und die eine oder andere Verschwörungstheorie hinzufügt, dann entfaltet sich unvermeidlich eine ganz andere Dynamik. Solche Unterhaltungen schwappen

mittlerweile problemlos über Ländergrenzen hinweg.

Wenige Neonazis in England zum Beispiel können so online mit ihren schweizerischen oder amerikanischen Sympathisanten in Kontakt treten, und plötzlich sehen kleine Gruppen von Aussenseitern wie globale soziale Bewegungen aus. Da diese Impulse in den Kanälen eines globalen Netzwerks verlaufen, verfügen Staaten, deren Macht durch Landesgrenzen beschränkt wird, nur über äusserst beschränkte Möglichkeiten, sie zu kontrollieren oder zu unterbinden.

Zugleich nutzen auch demokratische Staaten die neuen Technologien nach Kräften. Es ist so paradox wie tragisch: Dieselben Technologien, die das Potenzial haben, die freie Meinungsäusserung des Einzelnen zu befördern, können sie auch unterhöheln. Denn sie lassen sich dazu benutzen, die gesamte Bevölkerung zu überwachen. Datensammlungen anzulegen, die deren Verhalten kontrollieren, und Algorithmen zu entwickeln, die potenzielle Bedrohungen durch Vorkurs neutralisieren.

Das chinesische Modell

Auf die Spitze treibt dieses Spiel China. Zwei Jahrzehnte lang hat die chinesische Regierung eine Kombination aus technologischen und regulatorischen Massnahmen eingesetzt, um den Zugang ihrer Bürger zum globalen Internet einzuschränken und das Verhalten internationaler Firmen innerhalb von Chinas Grenzen einzuengen. Die dabei benutzte Technologie ist neu – aber nicht diese Form von Zensur. Denn immer schon haben Staaten Techniken der Zensur – wie auch der Überwachung und der Propaganda – genutzt, um ihre Bevölkerung zu kontrollieren.

Die Digitaltechnologien haben die Möglichkeiten des chinesischen Staates in all diesen Dimensionen dramatisch erweitert. Die drahtlosen Netzwerke, die den Massen erlauben, sich online zu unterhalten, helfen dem Staat, ihre Aktivitäten auf individueller Ebene mit ausserordentlicher Genauigkeit nachzuzeichnen.

Jede Aktion eines Benutzers digitaler Instrumente erzeugt eine elektroni-

sche Spur. Und weil diese Spuren elektronischer Natur sind, benötigen sie wenig Speicherplatz. Die Lagerhallen voller Papierakten, wie sie typisch für die Überwachungspolitik der vordigitalen Staaten waren, können nun durch Festplatten in der Grösse von Schuhkartons ersetzt werden. So werden die Daten unverzüglich zusammengeführt, analysiert und erneut in Umlauf gebracht. Und mittels Maschinenlernen und künstlicher Intelligenz sind diese Datensätze in der Lage, fast in Echtzeit vorherzusagen, wer gegen den Staat aktiv werden könnte.

Das ermutigt die chinesische Regierung, die Meinungsäusserung Einzelner im Netz zu erlauben und sogar zu provozieren. Die Bürger erleben dies als Freiheitsgewinn. Zugleich aber setzt es den Staat instand, aufkommenden Protest aufzufindig zu machen und ihn im Keim zu ersticken – zunächst durch Löschen der Posts und dann durch Bestrafung der Autoren. Ausserdem ermöglicht es ihm, viele Tausende von Nutzern dafür zu bezahlen, dass sie das chinesische Internet mit regierungsfreundlichen Posts überschwemmen und den Anschein erwecken, es handle sich um ganz spontane demokratische Aktionen. Diese 50-Cent-Partei, wie man sie ironisch nennt, vergrössert die Popularität des Staates erheblich und macht es immer schwerer, Einwände gegen ihn zu erheben.

Die wohl wirksamste Staatsstrategie der Digitaltechnologie liegt aber darin, unterschiedliche Arten von Daten miteinander zu verknüpfen. In der Provinz Xinjiang beispielsweise hat die Regierung sich darum bemüht, in dieser Weise eine unruhige Minderheit zu bändigen. Der Staat hat dort ein umfangreiches geschlossenes System aus Videoüberwachung, kamerabewehrten Drohnen und GPS-Trackern eingerichtet, um die Bewegungen der einzelnen Bürger nachzuzeichnen.

Mit der Zusammenführung diverser Datenquellen und dem Einsatz von Techniken wie Gesichtserkennung, Fingerabdrucksensoren und DNA-Tests gelingt es, die regionale Bevölkerung mit einem ausserordentlichen Grad individueller Genauigkeit zu überwachen und zu steuern. Sobald die Daten den Verdacht nähren, dass jemand aus der Reihe

tanz, wird die Polizei sofort zum Ort des Geschehens beordert. Allerdings ist das chinesische System nicht vollkommen. Es wird ja immer noch von fehlbaren Menschen entwickelt und betrieben, und es unterstützt ein komplexes staatliches Regime, das wie jedes andere an inneren Konflikten leidet. Jedoch ist dieses Regime überaus mächtig. Und es eröffnet uns deshalb den Blick auf eine mögliche Zukunft der westlichen Demokratien.

Ein Ausblick

Auch in westlichen demokratischen Staaten gibt es ja schon ein effizientes Überwachungsnetz. Man denke bloss an die Daten, die Facebook von seinen Nutzern gesammelt hat, oder an jene, die sich Google an einem Tag voller Suchanfragen aneignet.

Daraus erwächst ganz natürlich eine Versuchung für die Staaten. Sie könnten in Krisenzeiten von Unternehmen unter Androhung von Verhaftung verlangen, ihre Daten oder Algorithmen herauszurücken. Oder sie könnten solche Firmen einfach durch geeignete Regulierungen zur Kooperation zwingen. Ein Staat, und besonders ein autoritärer Staat, hat einen beinahe unendlichen Hunger nach Computertechnologie und Macht. Man stelle sich vor, was Unternehmen im Gegenzug damit verdienen können, wenn sie diese digitalen Bedürfnisse befriedigen.

Die einschlägige Zusammenarbeit von Unternehmen mit dem Staat in den USA scheint dem Niveau staatlich kontrollierter Zentralisierung, das wir in China sehen, noch nicht zu entsprechen. Doch dazu könnte es sehr schnell kommen. Das wäre – wie eingangs erwähnt – eine Art Ironie der jüngeren Geschichte. Die Bürger müssten damit leben, dass ihr Wunsch, die Freiheit des Einzelnen voranzubringen, dazu beigetragen hat, eine neue Form von – bis ins Kleinste zielgenauer – staatlicher Macht zu etablieren.

Fred Turner ist Professor für Kommunikationswissenschaften an der Stanford University. – Aus dem Amerikanischen übersetzt von Helmut Reuter.